

## **Bericht der Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen (SPBF) zum Leistungsauftrag für den Politikbereich «Finanzen und Steuern» (Produktgruppe 2) für die Jahre 2022 bis 2023**

### **Bericht an den Einwohnerrat**

---

Die Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen (SPBF) hat sich bereits im Vorfeld, aber insbesondere an ihrer Sitzung vom 23. August 2021 mit dem Leistungsauftrag der Produktgruppe 2 auseinandergesetzt und dankt dem verantwortlichen Gemeinderat Daniel Albietz und dem Stv. Abteilungsleiter Daniel Maier für die zusätzlichen Informationen sowie die Beantwortung der offenen Fragen. Die SPBF wird dem Leistungsauftrag für die Jahre 2022 bis 2023 und dem zugehörigen Globalkredit von CHF 1'785'000 zustimmen und dem Parlament zur Annahme zu empfehlen.

### **Allgemeines und Ausgangslage**

Die Produktgruppe 2 (wie auch 1) nimmt mit einem beantragten Globalkredit von CHF 1'785'000 finanziell, mit seinen unechten Produkten, die eher als Querdienstleistungen zu verstehen sind, auch inhaltlich in der Gesamtheit der Leistungsaufträge eine Aussenseiterrolle ein, zumal die Kosten selbst nur schwer steuerbar und im Gesamtbudget minimal sind.

Eine Mehrheit der Kommission begrüsst das Ausgabenbewusstsein des Gemeinderats und den damit verbundenen Entscheid, die Budgets zu kürzen. Trotzdem kritisiert auch die SPBF das diesjährige Vorgehen des Gemeinderats bezüglich Pauschalkürzungen bei allen Leistungsaufträgen. Natürlich ist es Sache des Gemeinderats, als strategische Ebene der Exekutive, pauschale Finanzanordnungen zu erteilen. Diese müssen dann aber verarbeitet und final nochmals vom Gemeinderat entsprechend seiner Verantwortung entgegengenommen werden und erst dann als revidierte neue Vorlage an das Parlament weitergegeben werden.

### **Schwerpunktthemen**

Eigentliche Schwerpunktthemen hat diese Produktgruppe keine im Sinne von Prima, jedoch finden hier die finanzstrategischen Gespräche statt, insbesondere über die Steuerertragserwartungen, Immobilienstrategie und Finanzerträge sowie über Sondereffekte. Künftig wird dies Aufgabe einer **Finanzkommission** sein, sich dieser Themen anzunehmen.

#### *Sondereffekt COVID-19*

Wohl in aller Munde und für jegliche Planungsdifferenzen hinhalten muss COVID-19. Gemäss Einschätzung des Gemeinderats habe sich die Pandemie jedoch nicht so stark niedergeschlagen wie zunächst befürchtet, die Gesamtheit der Wirtschaft habe nicht so stark nachgelassen



Seite 2

wie angenommen. Allerdings ist die wirtschaftliche Situation so wenig wie die Pandemie selbst ausgestanden, es werde wohl noch zu einzelnen Verwerfungen kommen, aber bisher sei der Einbruch nicht so stark.

### *Finanzvermögen, Immobilienbewirtschaftung*

Die immer wieder von der SPBF verlangte Immobilienstrategie wird aufgrund NSR erst nach der Reform erarbeitet und nach den dann geltenden Grundsätzen erstellt werden.

Als Kernthema wird die Situation Landgasthof diskutiert. Dabei muss sich die Politik Gedanken darübermachen, ob es sich dabei um einen Betrieb als Teil des Finanzvermögens handle, der dann aber auch im freien Markt einen Finanzertrag abwerfen müsste, oder ob er ins Verwaltungsvermögen gehöre, weil der Betrieb aufgrund der Auflagen der Politik nicht rentabel bewirtschaftet werden könne. Ob das Führen eines Gasthofs Sache der öffentlichen Hand sein kann, muss die Politik in der nahen Zukunft noch intensiv abschliessend diskutieren. Bis dahin wird er wohl im Budget als Kostenfaktor aufgeführt werden müssen.

Ein weiteres Kernthema, auch im Zusammenhang mit der anstehenden Reform, ist die Eigenkompetenz des Gemeinderats betreffend Finanzvermögen. Mit CHF 2'000'000 werden wohl keine Immobilientransaktionen abgewickelt werden können. Bis die Vorlage durchs Parlament abgesehen würde, wäre das Objekt bereits am Markt anderweitig verkauft. So verbaut sich der Gemeinderat, sinnvolle Arrondierungen des eigenen Immobilienportefeuilles vorzunehmen. Hier müsste der Gemeinderat auch aufgrund einer vorzulegenden Strategie wohl eher das Vier- bis Fünffache zur Verfügung haben, um fristgerecht mitbieten zu können. Dieser Antrag muss aber vom Gemeinderat kommen. Es ist nicht Sache des Parlaments, die Kompetenzen des Gemeinderats zu beantragen und zu begründen.

### **Beschluss und Antrag**

Die Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen (SPBF) beantragt dem Einwohnerrat mehrheitlich, den Leistungsauftrag mit seinen Zielen und Vorgaben für die Jahre 2022 bis 2023 zu erteilen und den zugehörigen Globalkredit im Betrag von CHF 1'785'000 zu bewilligen.

Riehen, 13. September 2021

Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen

Thomas Strahm  
Präsident